

„Protestzeitung Medien“, Bericht gesamte Schweiz.

## **Vertragliche Partnerschaft mit Füßen getreten**

Die Medienbranche ist nach zehn fetten Jahren wirtschaftlichen Aufschwungs in eine hausgemachte strukturelle Krise geschlittert. Weil man an ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum glaubte, schuf man Überkapazitäten, deren katastrophale Folgen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute mit äusserster Härte zu spüren bekommen.

In einer Branche, wo ein Überhang der Produktionsmittel besteht, gehen die Unternehmer in der Regel nicht zimperlich vor, wenn es darum geht, einen Betrieb zu sanieren mit dem einzigen Ziel, auch weiterhin einen maximalen Gewinn zu erwirtschaften. Kalt berechnende Manager schrecken dabei nicht einmal mehr vor erpresserischen Mitteln und offenkundigen Vertragsbrüchen zurück. So werden viele Beschäftigte genötigt, entweder Lohnkürzungen von bis zu zehn Prozent oder noch mehr zu akzeptieren; falls sie dies verweigern, müssen sie damit rechnen, dass sie zum nächsten Kündigungstermin auf der Strasse stehen, und ihnen folglich nur der Gang zum Arbeitsamt bleibt.

Es ist klar, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch derartige Unterdrückungsmethoden, die an die Zeit feudalistischer Herrschaft erinnern, mundtot gemacht werden, müssen sie doch zu Recht den Verlust ihrer Existenzgrundlage befürchten.

Mit ihrer neoliberalen Politik versuchen radikale Exponenten des bürgerlichen Lagers, der Schweiz eine neue Wirtschaftsordnung aufzuzwingen. Sie wollen unseren demokratisch strukturierten Sozialstaat aus den Angeln heben. Die vertragliche Partnerschaft von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden soll aufgehoben werden, Staatsbetriebe wie SBB und PTT sollen privatisiert werden, die Altersrenten sollen nicht länger indexiert werden usw. kurz: Deregulierung in allen Bereichen, alles soll den Mechanismen des Marktes überlassen werden.

Dass wir uns mit einer Politik nach amerikanischem oder englischem Muster geradewegs in eine soziale Krise manövrieren, scheint die vom Virus permanenten Gewinnstrebens zerfressenen Botschafter des Neoliberalismus wenig zu kümmern. Ebenso gleichgültig ist ihnen, dass sie mit ihren „Sanierungsprogrammen“ mindestens einem Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung das Recht auf Arbeit entziehen.

In dem von oben diktierten Klassenkampf, der unweigerlich zu einem sozialen Chaos führt, sind die Gewerkschaften als Interessenvertreterinnen der arbeitenden Bevölkerung diesen Einäugigen logischerweise ein Dorn in deren einzigem Auge, sie gilt es deshalb auszuschalten oder zumindest zu neutralisieren.

Die, Mediengewerkschaften haben die Zeichen der Zeit erkannt. Gemeinsam werden sie alles unternehmen, um die „Abbau-Hysterie“ mit allen Mitteln zu bekämpfen. Um den Besitzstand zu wahren, und damit wir auch in Zukunft fortschrittliche Gesamtarbeitsverträge verwirklichen können, müssen wir in absehbarer Zeit auch die sogenannte Friedenspflicht neu definieren.

Einer aggressiven Deregulierungspolitik radikalierter Arbeitgeberkreise müssen wir eine Lobby von vereinten Gewerkschaften gegenüberstellen. Die Mediengewerkschaften sind auf eine Eskalation der von blindwütigen bürgerlichen Kreisen verursachten Auseinandersetzung vorbereitet.

Sollte sich der Konflikt ausweiten, so wären die von den Mediengewerkschaften inszenierten Aktionstage lediglich ein Auftakt zu weiteren, tiefer greifenden Massnahmen!

Heinz Thommen, GDP.

Helvetische Typographia, 18.3.1993.

Personen > Thomen Heinz. Friedenspflicht. HT, 1993-03-18